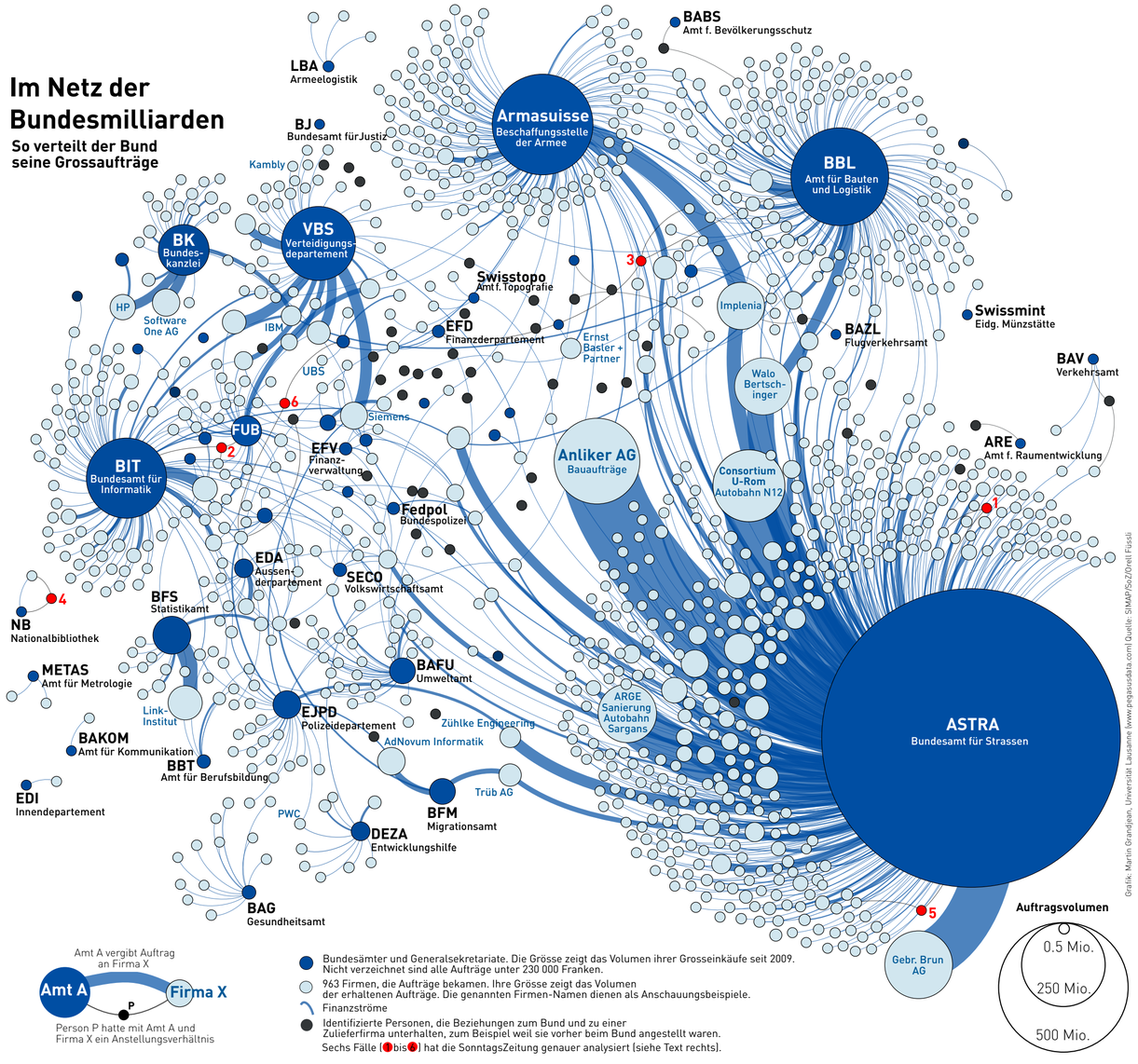


40 000 Firmenkader profitieren vom Bund

Weil der Staat Informationen über seine Beschaffungen zurückhält, braucht es versierte Spezialisten, um an die Daten zu kommen.

Wenn es um Grossaufträge geht, erweist sich die Bundesverwaltung als wenig auskunftsfreudig. Seit 2009 müssen die Behörden sämtliche Aufträge, die das Volumen von 230 000 Franken übersteigen, zwar auf der Internetsite Simp.ch veröffentlichen. Bei Bauaufträgen liegt die Grenze bei 8,7 Millionen Franken. Eine Liste aller Aufträge gibt der Bund bis jetzt aber nicht heraus. Für die Erstellung eines Atlas aller Grossaufträge mussten deshalb Spezialisten einer ETH-Spinoff-Firma alle Aufträge einzeln von der Simap-Website herunterladen. Die SonntagsZeitung analysierte die Daten dieser 1745 Geschäfte im Umfang von 4,47 Milliarden Franken mithilfe eines Teams von Infocube.ch, einer Plattform mit Unternehmens- und Managementinformationen von Orell Füssli Wirtschaftsinformationen (OFWI). Die Datenspezialisten haben es sich zum Ziel gesetzt, Transparenz über die wirtschaftlichen Beziehungen von Firmen und Personen zu schaffen. Ihnen gelang es, über 40 000 Personen zu identifizieren, die als Geschäftsführer, Verwaltungsräte oder Zeichnungsberechtigte von den Bundesaufträgen profitierten. Diese Personen konnten schliesslich mit den Angestellten des Bundes der letzten zehn Jahren verglichen werden. Dafür digitalisierte die SonntagsZeitung die entsprechenden Staatskalender. Erst so konnte eruiert werden, welche Bundesangestellten sich ihr Wissen durch einen Wechsel in die Privatwirtschaft vergolden liessen.

Finanzkontrolleure fordern mehr Transparenz

Um Mauscheleien aufzudecken, sollen auch kleine Bundesaufträge über 20 000 Franken öffentlich werden

BERN Die Eidgenössische Finanzkontrolle, das oberste Aufsichtsorgan des Bundes in Finanzfragen, zeigt sich auf Anfrage der SonntagsZeitung besorgt über die Geschäfte ehemaliger Bundesbediensteter. «Dass leitende Angestellte des Bundes in die Privatwirtschaft gehen, ist ein bekanntes Problem, das uns Sorgen bereitet», sagt Michel Huissoud, Vizedirektor der Eidgenössischen Finanzkontrolle.

Seit 2009 ist es zwar möglich, bei hohen Bundesangestellten eine vertragliche Bestimmung zu erlassen. Diese verbietet es ihnen, während zwei Jahren nach dem Abgang für Firmen zu arbeiten, die mit dem ehemaligen Amt verbunden waren. Diese Möglichkeit sei bis heute noch nie genutzt worden, sagt Huissoud. Nicht anwendbar ist diese Regelung auf untere Kader und die zahlreichen Spezialisten, die den Bund verlassen, um ihr Wissen anschliessend auf Staatskosten zu vergolden.

Der Seitenwechsel von Bundesangestellten ist auch für Delphine Centlivres, die Schweiz-Direktorin von Transparency International, ein ernsthaftes Problem. «Ein Dossierverantwortlicher kann vor dem Ausscheiden aus dem Bundesdienst für ihn günstige Entscheide fällen oder nachher Einfluss auf ehemalige Untergebene nehmen», sagt sie. Centlivres fordert verbindliche gesetzliche Regeln, die für alle Bundesangestellten und Magistratspersonen gelten. Heikle Engagements in der Privatwirtschaft sollten ihnen während mindestens drei Jahren verboten sein. Eine Behörde müsse zudem damit beauftragt werden, Regelverstösse aufzudecken und zu sanktionieren.

Michel Huissoud: «Das Problem bereitet uns uns Sorgen»

Die von der SonntagsZeitung analysierten Grossaufträge des Bundes sind nur die Spitze des Eisberges. Bis heute sind nur Aufträge öffentlich einsehbar, die über 230 000 Franken liegen und vom Bund ausgeschrieben werden müssen. Kleinere Aufträge, die unter der Hand an Ex-Kollegen vergeben werden, tauchen in keiner Liste auf.

«Die Eidgenössische Finanzkontrolle befürwortet deshalb im Prinzip eine Liste aller privatrechtlichen Verträge, welche die Eidgenossenschaft abschliesst, zu veröffentlichen», sagt Huissoud. Allerdings dürfe dies nicht mit grösseren Kosten verbunden sein. Deshalb könnte man «zum Beispiel eine Untergrenze von 20 000 Franken bestimmen.»

T. PLATTNER, M. STOLL

Ex-Beamte profitieren vom Filz

Die SonntagsZeitung zeigt mit dem ersten Beschaffungs-Atlas, wie ehemalige Bundesangestellte an Aufträge gelangen

VON JULIAN SCHMIDLI, TITUS PLATTNER, NARTIN STOLL (TEXT) UND MARTIN GRANDJEAN (GRAFIK)

BERN Christoph Julmy hat ein Problem. Es ist August 2011 und der Chefjurist beim Bundesamt für Strassen (Astra) prüft einen Beschaffungsauftrag. Das Amt braucht eine neue Software fürs Kostenmanagement. Julmy soll dafür sorgen, dass alles sauber abläuft. Doch in beiden Angeboten steckt der Wurm. Das eine Angebot kommt von der Einmann-Firma von J.U. – einem ehemaligen Astra-Mitarbeiter. Seit 2008 war dieser zuständig für die interne Entwicklung des neuen TDcost System. Vor einigen Monaten kündigte er, machte sich selbstständig und will jetzt sein spezialisiertes Wissen dem Bund zurückverkaufen – zum teuren Dienstleistungstarif (siehe Grafik 1). Daneben liegt die Offerte von Techdata, das aber ist das Ex-Unternehmen des aktuellen Amtschefs Rudolf Dieterle.

«Wir hatten – vergaberechtlich betrachtet – die Wahl zwischen Pest und Cholera», sagt Julmy. Nach Verhandlungen entschied sich das Amt für die Pest.

Es ist ein Problem mit System: Immer wenn der Bund etwas kauft – das macht er für 5.4 Milliarden Franken pro Jahr – bewegt er sich in einem eng geknüpften Beziehungsgeflecht zwischen Bundesangestellten und der Privatwirtschaft. Dies belegt eine Datenrecherche der SonntagsZeitung. 1745 Grossaufträge wurden systematisch nach Personenbeziehungen durchsucht (siehe Box links). Hängen geblieben sind Duzende bisher unbekannte Problemfälle. Sechs Fälle zeigen exemplarisch, wie der Filz in Bern funktioniert.

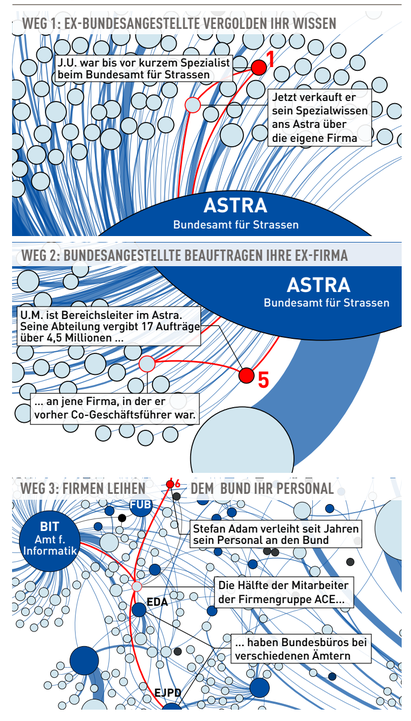
Beim Bund angestellt zu sein, kann Vorteile haben. Der grösste Vorteil kommt meistens danach, mit dem Schritt in die Privatwirtschaft. Am 30. April 2011 hatte der 61-jährige Marius Redli seinen letzten Tag als Chef des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation (BIT). Doch bereits einen Tag später kehrte er zum Bund zurück. Seine frisch gegründete Firma Redli GmbH erhielt einen Beratungsauftrag der Führungs- und Unterstützungsbasis (FUB), der Informatikzentrale der Armee. Kostendach des ersten Vertrags mit Redlis Start-up-Firma war 150 000 Franken. Am 7. November 2012 kam der Folgeauftrag über 320 000 Franken (siehe 2). Als Ex-Chef des Bundes-Informatikamts und als Oberst im FUB-Stab profitierte Redli von Vorwissen und Beziehungen. Redli selbst sieht darin nichts Falsches. Er habe in den letzten Jahren «wesentlich dazu beigetragen, Synergien zwischen den Departementen zu nutzen».

Nur Insider wissen, wie das Beschaffungswesen funktioniert

Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) kümmert sich um einen Grossteil der Beschaffungen der Verwaltung. Auch hier zieht es Bundesangestellte immer wieder in die Privatwirtschaft. Bis Ende 2006 entwickelte Christoph Arpagaus fürs Amt Richtlinien und Normen für die einflussreiche Koordinationskonferenz der öffentlichen Bauherren, die KBOB. In der Privatwirtschaft stieg er nach seinem Abgang beim Bund direkt zum Firmenchef von Itten+Brechbühl auf, einem grossen Baudienstleister der Schweiz (siehe 3). «Es ist sicher ein Vorteil, die Bedürfnisse der Verwaltung im Detail zu kennen», sagt Arpagaus. Allerdings habe er anfänglich Zurückhaltung gegenüber seinen Offerten gespürt. Nicht zuletzt sein Insiderwissen über die komplexe Mechanik des Beschaffungswesens brachten der Firma in dreieinhalb Jahren einige Aufträge ein, darunter BBL-Verträge über 2 061 212 Franken und 76 Rappen.

Wie wichtig die Nähe zur Verwaltung ist, erfährt man im Starling-Hotel auf dem Campus der ETH Lausanne. Dort versammelten sich am 16. November Vertreter von Bauunternehmen, um von Fachleuten des Bundes zu erfahren, wie man sich am Besten um einen öffentlichen Auftrag bewirbt. Im Konferenzsaal wurden die Bauleute mit Checklisten und Regelwerken eingedeckt. Ein Teilnehmer winkt ab und erklärt hinter vorgehaltener Hand: «Was am meisten hilft, sind direkte Beziehungen in ein Projektteam». Bei einem Bier mit einem Bundesangestellten habe er auch schon erfahren, auf was in einer Ausschreibung besonders Wert gelegt wird.

Drei Wege, um an die Bundesmillionen zu kommen



Kader der Bundesverwaltung, die sich in die Privatwirtschaft absetzen, haben ein prominentes Vorbild: den ehemaligen Verkehrsminister Moritz Leuenberger. Seit Mai 2011 sitzt er im Verwaltungsrat des Bauriesen Implenia. In der Szene der Archivare und Staatskanzlisten ist auch der Berner Historiker Christoph Graf eine grosse Nummer. Der heute 69-jährige war bis 2004 Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs. Seit November 2005 ist er Mitglied der Basler Firma Scope Solution AG, die Archivierungssoftware verkauft (siehe 4). Zu den Kunden des Kleinunternehmens gehört seit Jahren nicht nur das Bundesarchiv. Auch die Nationalbibliothek, Archive mehrerer Kantone und Städte kaufen bei der Firma ein. «Ich war an keinem einzigen Verkaufsgespräch beteiligt», beteuert Graf. Sein Job sei es, die Firma strategisch und in archivfachlichen Belangen zu unterstützen. Nicht ohne Neid kommentiert ein Konkurrent: «Prominente Verwaltungsräte sind positive Beeinflusser.» In kleinräumigen Verhältnissen, wo jeder jeden kennt, sei die Empfehlung eines Kollegen eben Gold Wert.

In den vergangenen Jahren hat die Bundesverwaltung einige Massnahmen ergriffen, um Filz und Korruption zu bekämpfen: Transparenz, Vieraugenprinzip, regelmässige Audits. Zwar hat sich die Situation verbessert, die Probleme bleiben aber bestehen, wie der Skandal um das 150-Millionen-Projekt Insieme zeigt. Dieser hat zu einer Untersuchung der Bundesanwaltschaft und zum Rücktritt des Chefs der Steuerverwaltung, Urs Ursprung, geführt.

Heikler Wechsel in die Verwaltung

Der jüngste Beschaffungsskandal macht deutlich, wie anfällig die Verwaltung noch immer ist. Heikel wird es insbesondere, wenn Mitarbeiter von Bundeslieferanten in die Verwaltung wechseln, und dort mit der Vergabe von Aufträgen betraut sind. Während Jahren arbeitete U.M., Bereichsleiter im Bundesamt für Strassen (Astra), in einem Ingenieurbüro in Solothurn als Co-Geschäftsführer (siehe siehe 5). Als sich die Auftragslage verschlechterte wechselte M. zum Astra. Hier vergab seine Abteilung – Zufall oder nicht – innert fünf Jahren 17 Aufträge an die frühere Firma von M. Die Bundesaufträge über 4,5 Millionen Franken sind für das 11-Personen-Unternehmen wichtig. Die Untergebenen von M. hätten über die Vergabe entschieden, sagt das Astra. Nur in einem Fall – Vertragssumme 64 750 Franken – habe der Kadermitarbeiter einen Auftrag direkt an seine ehemalige Firma vergeben.

Externe bekommen vom Bund Visitenkarten und ein Büro

Immer häufiger kommt vor, dass der Bund selbst die Projektmanager einmietet. Ein Amt leiht Spezialisten meist über Jahre von Firmen aus und stattet sie mit Büros und Visitenkarten des Bundes aus. Durch dieses «Body-Leasing» gibt es zunehmend Privatwirtschaftler in Beamtenverkleidung – mit einer höheren Bezahlung. Problematisch wird›s, wenn Projekt-Wissen privatisiert wird und später mit neuen Mandaten zurückgekauft werden muss.

Auf «Body-Leasing» spezialisiert ist zum Beispiel die Berner ACE Gruppe (siehe 6). Die Firma mit 30 Angestellten leiht der Verwaltung seit Jahren Personal aus. Mindestens 14 Aufträge über 8,6 Millionen Franken zog sie in den letzten drei Jahren an Land. Ihre Mitarbeiter leiten IT-Projekte beim Bundamt für Informatik, im Aussen- und im Justizdepartement. Laut der SonntagsZeitung vorliegenden Dokumenten hat aktuell die Hälfte der ACE-Mitarbeiter ein Bundesbüro.

Die Praxis des «Body-Leasing» ist nicht verboten, manchmal sogar unumgänglich. Sie sei, betont ACE-Geschäftsführer Stefan Adam, bei Bund und Privatwirtschaft gängig. «Beim Bund müssen viel mehr Auflagen erfüllt werden. Inzwischen darf man nicht mal mehr mit potenziellen Arbeitgebern Mittagessen gehen.» Dass er viele Aufträge erhältlt, habe mehr mit Qualität und weniger mit Beziehungen zu tun.

«Eine hunderprozentige Reinkultur gibt es im Beschaffungswesen nicht», sagt Astra Chefjurist Christoph Julmy – dafür sorgt nicht zuletzt das über Jahre gewachsene dichte Beziehungsgewebe, welches nahtlos in Filz übergeht.

recherchedesk@sonntagszeitung.ch

ANZEIGE